

Migration

migration / migración / migration

→ Armut; Bevölkerungsentwicklung/Bevölkerungspolitik; Entwicklungsländer/Entwicklungspolitik; Friedensforschung/Friedenspolitik; Menschenrechte; Mobilität; Rassismus; Sozialpolitik; Welternährung

1. Zum Problemstand

1.1 Einführung

Bei der Interpretation von Migrationserscheinungen konkurrieren zwei diametral verschiedene Sichtweisen miteinander. Die in der Wissenschaft dominierende betrachtet das Sesshaftsein als den Normalfall: Migration dient zur Fortsetzung der Sesshaftigkeit an einem anderen Ort. Damit konkurriert eine z. B. durch den Essayisten Hans Magnus Enzensberger bekannt gewordene Sichtweise, derzufolge der Normalfall irdischer Existenz die Migration sei und der Ausnahmefall die Sesshaftigkeit, wobei zur Begründung vor allem Analogien zu historischen Ereignissen aufgeführt werden, z. B. die Völkerwanderungen und die Wanderungsbewegungen von Europa in die USA. Da-

bei werden früher selbstverständliche Sichtweisen und Begriffe, wie die Verwurzelung in einer angestammten räumlichen Lebenswelt und sozialen Mitwelt, insbesondere der Begriff Heimat, als unzeitgemäße, überholte Konzepte abgetan, neuerdings mit dem Hinweis darauf, dass es im Zeitalter des Satellitenfernsehens und des Internets nicht mehr möglich sei, die Zugehörigkeit zu einer Nation oder Kultur mit dem Lebens- und Aufenthaltsort einer Person zu identifizieren. Umgekehrt wird aber die bloße Anwesenheit einer Person auf dem Territorium eines bestimmten Landes von dieser Denkrichtung als eine hinreichende Bedingung für die Begründung der vollen Bürgerrechte betrachtet, wobei z. B. die mangelnde Integration der Ausländer in Deutschland begrifflich mit »Diskriminierung« gleichgesetzt wird.

Zu den beiden Sichtweisen korrespondieren zwei gegensätzliche politische Positionen: Zum einen wird in der Wissenschaft überwiegend, wenn auch meist nur implizit, unterstellt, dass die zunehmenden internationalen Migrationsbewegungen und Flüchtlingsströme eine Destabilisierung der politischen Verhältnisse bewirken könnten, was die betroffenen Zielländer zu Abwehrmaßnahmen berechtige, während die politische Gegenposition eher das Fehlen eines allgemeinen Menschenrechts auf freie Einwanderung in jedes Land beklagt, denn das Recht auf Freizügigkeit ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10.12.1948 nur als ein innerstaatliches, aber nicht als ein internationales Grundrecht verankert.

So unterschiedlich wie diese Interpretationsweisen sind die Bewertungen der Ursachen und Folgen des internationalen Migrationsgeschehens, zumal Wanderungsprozesse einen integrierenden Bestandteil äußerst unterschiedlicher Sachkomplexe bilden. Sie werden vornehmlich im Rahmen folgender Problembereiche thematisiert: a) Entwicklung der allgemeinen Menschenrechte; b) Globalisierung der Güter- und Arbeitsmärkte (internationale Migration von »blue collar workers« und von hochqualifizierten Fachkräften); c) Weltbevölkerungswachstum (zunehmender Wanderungsdruck aus den demographisch wachsenden Entwicklungsländern in die Industrieländer, die durch Bevölkerungsschrumpfung bedroht sind, insbesondere Deutschland); d) Nord-Süd-Gefälle bzw. Wohlstandsgefälle zwischen reichen und armen Ländern als Ursache für zunehmende Armutswanderungen; e) Umweltkrisen und Umweltflüchtlinge; f) politische Prozesse wie Entkolonialisierung bzw. die Bildung unabhängiger Nationalstaaten; und g) Ende des Ost-West-Konflikts mit millionenfachen Bevölkerungsumsiedlungen.

Angesichts dieses Problemspektrums ist der gegenwärtige Trend zur Verengung der Migrationsthematik auf die internationalen Aspekte des Themas zwar verständlich, aber neben den internationalen, die Außengrenzen der Staaten überschreitenden Migra-

tionserscheinungen (Außenwanderungen) müssen auch die Wanderungen innerhalb eines Landes (Binnenwanderungen) in die Betrachtung einbezogen werden.

1.2 Begriffliche und methodische Aspekte

Die Literatur über das Migrationsgeschehen ist äußerst heterogen, was auf der mangelhaften Klarheit der Grundbegriffe, auf der Verwendung von wenig tragfähigen geschichtlichen Analogien bei der Erklärung aktueller Wanderungserscheinungen und auf der Vielfalt der inhaltlichen Aspekte der Wanderungsthematik beruht, die eigentlich eine interdisziplinäre Herangehensweise erfordern würde, während die additive Behandlung des Themas aus verschiedenen disziplinären Blickwinkeln vorherrscht.

Am klarsten und eindeutigsten sind die in der Statistik verwendeten Wanderungsbegriffe. In der deutschen Wanderungst Statistik wird zwischen der Zahl der Wanderungsfälle und der Zahl der gewanderten Personen unterschieden, wobei die Zahl der Wanderungsfälle in der Regel größer ist als die der gewanderten Personen, weil die gleiche Person den Wohnort innerhalb eines bestimmten Zeitraums bzw. Jahres mehrmals wechseln kann. Dabei ist als Wanderung jedes Beziehen bzw. jedes Verlassen einer Wohnung als Hauptwohnung definiert. Die deutsche Wanderungst Statistik stützt sich auf die An- und Abmeldescheine der Meldeämter. Sie wird seit 1950 in einheitlicher Weise durchgeführt, da bei den Wanderungen über die Grenzen Deutschlands bereits seit dieser Zeit die gleichen, nach der Wiedervereinigung vom 3.10.1990 geltenden Außengrenzen zugrunde gelegt wurden. Die Registrierung aller Wohnortwechsel ermöglicht es, den aktuellen Bevölkerungsstand jeder Gemeinde zu berechnen, indem zur Bevölkerungszahl aus der letzten Volkszählung Jahr für Jahr die Lebendgeborenen und die über die Gemeindegrenzen zugewanderten Personen (Zuzüge) addiert und die Sterbefälle und die aus der Gemeinde weggezogenen Personen (Fortzüge) subtrahiert werden, wobei nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und anderen Merkmalen differenziert wird.

Ein solches Melderecht als Grundlage für die Wanderungst Statistik gibt es jedoch nur in den allerwenigsten Ländern. Aus diesem Grund verfügen die meisten Länder über keine Wanderungst Statistik in unserem Sinne. In Ländern wie Frankreich, den USA und England stammen die Angaben über Wanderungen aus indirekten Schätzungen: Bildet man die Differenz zwischen zwei Volkszählungsergebnissen und subtrahiert von dieser Differenz den Geburtenüberschuss, so ist der Rest gleich dem Wanderungssaldo (Zuzüge abzüglich Fortzüge). Diese Methode liefert nur relativ grobe Schätzwerte über das Wanderungsgeschehen. Der so ermittelte Wanderungssaldo sagt z. B. nichts über den Umfang der Wanderungsbewegungen aus:

Hinter einem bestimmten Wanderungssaldo kann sich z.B. eine große oder auch kleine Zahl von Zu- und Fortzügen verbergen. Ein Wanderungssaldo von Null bedeutet nicht, dass keine Wanderungen stattgefunden haben, vielmehr können sich sehr große Zu- und Fortzugströme die Waage halten.

Bei den Binnenwanderungen werden nach dem Kriterium der Wanderungsdistanz und nach den Merkmalen der Ziel- und Herkunftsregion folgende Arten von Wanderungen unterschieden: innergemeindliche Wanderungen (Ortsumzüge), Wanderungen zwischen den Stadtkernen und deren Randzonen, interregionale Wanderungen, Stadt-Stadt-Wanderungen, Peripherie-Mitte-Wanderungen, Nord-Süd-Wanderungen (Wanderungstrend von den nördlichen in die südlichen Bundesländer) und Ost-West-Wanderungen (zwischen den neuen und den alten Bundesländern).

Die Außenwanderungen sind als grenzüberschreitende Wanderungen definiert, sie betreffen sowohl ausländische Personen als auch Deutsche. Wichtige Kategorien der Außenwanderungen sind Asylsuchende und Flüchtlinge, ferner Aussiedler, insbesondere aus Russland, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind. Eine weitere Kategorie sind die Familienangehörigen der in Deutschland lebenden Ausländer, deren Zuzug gesetzlich geregelt ist. Eine wichtige Unterscheidung ist diejenige in EU-Bürger und Migranten aus Ländern außerhalb der EU sowie die Differenzierung in legale und illegale Migranten, die zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Zahl der illegal in Deutschland lebenden Menschen wird zur Zeit auf 500.000 geschätzt.

1.3 Globale und internationale Ebene

In der Öffentlichkeit herrscht die naive Vorstellung vor, dass die internationalen Wanderungen von den Entwicklungsländern in die Industrieländer die positive Eigenschaft haben, dass sie die durch das rasche Bevölkerungswachstum der Entwicklungsländer bedingten Probleme entschärfen und gleichzeitig die negativen Folgen der Bevölkerungsschrumpfung in den Industrieländern, vor allem in Deutschland, mildern. Betrachtet man das Ausmaß des Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern, dann erweist sich diese Hoffnung als Illusion. Die Bevölkerungszahl der Entwicklungsländer wächst zur Zeit jährlich um rund 80 Mio. Für den Zeitraum von 1990 bis 2030 wurde von der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (UN-Population Division) für die Entwicklungsländer ein Wachstum der Bevölkerungszahl von 4,14 Mrd. auf 7,43 Mrd. vorausberechnet, was einen Zuwachs von 3,29 Mrd. bedeutet (mittlere Variante, UN 1995). Demgegenüber ergeben die Vorausberechnungen für Deutschland, die (unter anderem) auch unter der fiktiven Annahme durchgeführt wurden, dass keine Außenwanderungen stattfinden, von 1990 bis 2030

eine Bevölkerungsschrumpfung von 80 Mio. auf 63 Mio., d.h. eine Abnahme um 17 Mio. (Birg/Flöthmann 1995). Der Zuwachs in den Entwicklungsländern übersteigt also die Schrumpfung infolge des Sterbeüberschusses in Deutschland um das 194fache. Der Bevölkerungszuwachs eines einzigen Jahres allein in Indien beträgt 17 Mio., er würde ausreichen, um die Schrumpfung in Deutschland im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2030 zu kompensieren.

Das Ausmaß der Zuwanderungen nach Deutschland ist so groß, dass sich daraus schwerwiegende Probleme ergeben, insbesondere bei der Integration der Zugewanderten, ohne dass sich dadurch gleichzeitig die Probleme in den Herkunftsländern entschärfen. Da Wanderungen hochgradig selektive Prozesse sind, wandern z.B. überproportional viele Fachkräfte aus, was die Entwicklungsbedingungen der Herkunftsländer beeinträchtigt, statt sie zu verbessern. Deshalb ist der Schluss folgerichtig, dass die Eindämmung der Migration von den Entwicklungsländern in die Industrieländer an der Wurzel des Problems ansetzen sollte, wofür eine wirksame Entwicklungspolitik erforderlich wäre. Allerdings ist diese Sichtweise in Anbetracht des im Vergleich zum Ausmaß der Entwicklungsprobleme bescheidenen Umfangs der internationalen Entwicklungspolitik zwar verständlich, aber nicht realistisch.

Hauptgründe für die internationale Migration sind das demographische Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und das dazu weitgehend parallele Wohlstandsgefälle. Das demographische Gefälle lässt sich auf Jahrzehnte hinaus nicht abbauen, weil sowohl das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern als auch die Bevölkerungsschrumpfung (ohne Wanderungen) in den Industrieländern einer Eigendynamik folgen, die aus der Altersstruktur der Bevölkerung resultiert: In Deutschland hat sich z.B. die Geburtenzahl seit den 70er Jahren bereits drastisch verringert, und dieses Faktum bedeutet, dass eine Generation später, also nach 25 bis 30 Jahren, die Zahl der künftigen potentiellen Eltern entsprechend abnimmt (dieser Prozess ist zur Zeit im Gange), was bei unverändertem generativen Verhalten der jetzigen Kindergeneration (den Eltern der Zukunft) eine abermalige drastische Verringerung der Geburtenzahl nach sich zieht usw. In den Entwicklungsländern ist dagegen die Geburtenzahl in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen, was in der Zukunft zwangsläufig ein starkes Wachstum der Zahl der potentiellen Eltern nach sich zieht. Diese Zunahme der Zahl der potentiellen Eltern reicht weit in das 21. Jahrhundert; sie ist so stark, dass sie den Trend zur Abnahme der Kinderzahl *pro Frau* in den Entwicklungsländern bei weitem überkompensiert, so dass die absolute Geburtenzahl noch für Jahrzehnte und die absolute Bevölkerungszahl noch bis zum Ende des 21. Jahrhunderts zunehmen werden. Für die internationale Migration ist dieser Bevölkerungszuwachs umso bedeutsamer,

als die Hälfte der Einwohner in den Entwicklungsländern jünger als 23 Jahre ist, so dass besonders unter den Jüngeren die Massenarbeitslosigkeit wächst, die wiederum den Migrationsdruck erhöht.

Zu dem demographischen und wirtschaftlichen Gefälle kommen eine Reihe von geschichtlichen Faktoren als Ursachen für die internationale Migration hinzu: Die Entlassung der Kolonien in die staatliche Unabhängigkeit hatte in zahlreichen Ländern starke räumliche Bevölkerungsbewegungen zur Folge, z. B. die Rückkehr von rund 1 Mio. Franzosen aus Algerien, 800.000 Portugiesen aus Angola und Mocambique und 300.000 Holländern aus Indonesien. Die Teilung Indiens führte 1947 zur Flucht von rund 9 Mio. Hindus und Sikhs nach Indien und 7 Mio. Muslims nach Pakistan. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen 13 Mio. Heimatvertriebene und Flüchtlinge nach Deutschland. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Ost-West-Konflikts war und ist die Ursache von Bevölkerungsumsiedlungen in Millionenhöhe. Hinzu kommen ethnische, religiöse, kulturelle und politische Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen, die in Kaschmir, Tibet, Äthiopien, Ruanda, Burundi, dem Sudan und anderen Ländern umfangreiche Migrations- und Flüchtlingsströme auslösten. In diesem Zusammenhang muss auch auf die inneren Widersprüche der von den Vereinten Nationen proklamierten Menschenrechte hingewiesen werden. Das auf der UN-Weltbevölkerungskonferenz 1984 in Mexiko proklamierte »demographische Selbstbestimmungsrecht« der Staaten und Individuen billigt z. B. jedem Menschen das Recht zu, die Zahl und den Geburtenabstand seiner Nachkommen selbst zu bestimmen. In China und andernorts wird dieses Recht verletzt. Wenn die Verweigerung des demographischen Selbstbestimmungsrechts bzw. die Benachteiligung bei Zuwiderhandlungen einen Anspruch auf Gewährung von Asyl bedeuten würde, so hätten Hunderte von Millionen von Menschen allein aus diesem Grund ein Recht auf Anerkennung ihres Asylbegehrens bzw. auf Schutz als Flüchtling. Nimmt man noch die aus anderen Gründen verweigerten Menschenrechte in vielen Entwicklungsländern hinzu, so ergäbe sich eine Zahl, die wahrscheinlich die Milliardengrenze überschreiten würde. Die Kluft zwischen den ökonomischen, demographischen und politischen Lebensbedingungen einerseits und den proklamierten Menschenrechten andererseits ist als Quelle potentieller Migrationsströme in der Zukunft von größter Bedeutung.

1.4 Migrationserscheinungen auf nationaler Ebene, insbesondere in Deutschland

Die Migrationen über die Grenzen der früheren Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich in vier Phasen gliedern. *Phase I* (1955–1971) ist die Zeit intensiven Bevölkerungs- und Wirtschaftswachs-

tums. Die Bevölkerung wächst sowohl durch Geburtenüberschüsse als auch durch die Zuwanderung von Übersiedlern, Aussiedlern, Heimatvertriebenen und Gastarbeitern. Die Zahl der Zuwanderungen aus dem Ausland betrug schon 1970, in dem Jahr der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, über eine Million pro Jahr und übertraf schon damals die Zahl der Geburten (811.000). In *Phase II* (1972–1984) fällt die Geburtenrate auf 1,4 Lebendgeborene pro Frau bzw. auf eine Nettoreproduktionsrate von 0,61. Schon in dieser Phase beginnt die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung, während die Gesamtbevölkerung wegen der starken Zuzüge aus dem Ausland konstant bleibt. *Phase III* (1985–1997) ist durch extrem starke Zuwanderungen gekennzeichnet, die sich aus folgenden Gruppen zusammensetzen: Asylsuchende, Flüchtlinge, Aussiedler, Familienangehörige von hier lebenden Ausländern und Arbeitskräfte zur Besetzung von offenen Stellen, für die sich keine Deutschen und kein EU-Bürger finden. *Phase IV* (1998–2050 und darüber hinaus) ist die Phase der eigendynamischen Bevölkerungsschrumpfung. Um die Schrumpfung zu beenden, müsste die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau von zur Zeit 1,3 wieder auf 2,1 ansteigen. Dass dies geschieht, wird von keinem Experten angenommen. Ohne Außenwanderungen würde die Bevölkerung Deutschlands von gegenwärtig knapp 82 Mio. bis 2050 auf 48 Mio. und bis 2100 auf 23,5 Mio. abnehmen, wenn die Kinderzahl pro Frau, so wie in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten, auf dem Niveau von 1,4 konstant bliebe.

Sämtliche Experten gehen davon aus, dass Deutschland in den nächsten Jahrzehnten einen permanenten hohen Zuwanderungsüberschuss haben müsste bzw. haben wird, wobei die Annahmen zwischen 200.000 und 400.000 pro Jahr schwanken (so z. B. 1996 die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Demographischer Wandel«). Aber selbst ein jährlicher Wanderungssaldo von z. B. 250.000 könnte nicht verhindern, dass die Bevölkerung bei Konstanz des gegenwärtigen generativen Verhaltens bis 2050 auf 66,8 Mio. und bis 2100 auf 51,4 Mio. schrumpfen würde.

In Deutschland entfallen auf 100.000 Einwohner und Jahr ein Vielfaches an Zuwanderungen aus dem Ausland im Vergleich zu den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien. Im Jahr 1994 betrug z. B. die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland 1.070.000, die Zahl der Fortzüge 740.000 und der Wanderungssaldo 330.000. Dies entspricht einer Zahl von 1.313 Zugezogenen auf 100.000 Einwohner. Auch schon vor dem Zusammenbruch des Ostblocks bewegten sich die Zuwanderungen nach Deutschland in einer ähnlichen Größenordnung. Im Zeitraum von 1983 bis 1988 betrug die Zahl der Einwanderer in die USA pro 100.000 Einwohner und Jahr 245, nach Kanada 479, nach Australien 694 und nach Deutschland 1.022.

Die Einwanderer in die USA können zwar rechtlich nicht mit den Zuwanderern nach Deutschland gleichgesetzt werden, aber der Unterschied ist gering. Faktisch, wenn auch nicht rechtlich, sind die Zuwanderer nach Deutschland Einwanderer, weil die Hälfte von ihnen bereits zehn Jahre oder länger in Deutschland lebt. Zählt man die unter 10jährigen Kinder nicht mit, dann leben drei Viertel der Ausländer Nordrhein-Westfalens schon länger als zehn Jahre in diesem Land.

Die Zahl der Geburten in Deutschland beträgt zur Zeit pro Jahr rund 800.000, die Zahl der Zuwanderer liegt in der gleichen Größenordnung bzw. darüber. Der jährliche Geburtenüberschuss der Ausländer beträgt rund 100.000, das jährliche Geburtendefizit der Deutschen rund 200.000. Es wurde errechnet, dass die ausländische Bevölkerung einschließlich ihrer Nachkommen die deutsche Bevölkerung in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts zahlenmäßig übertreffen wird (Birg/Flöthmann 1995). Bei Fortdauer des heutigen Staatsangehörigkeitsrechts ergibt sich bei den unter 40jährigen in einer Reihe von Großstädten schon im Jahr 2010 ein Ausländeranteil zwischen 40 % und 50 %.

Zur Zeit leben in Deutschland 7,2 Mio. Ausländer, was der Summe der Einwohnerzahlen von Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern entspricht. Durch den hohen Geburtenüberschuss und die hohe Zuwanderung wächst die Zahl der Ausländer jährlich um 3,9%. Zum Vergleich: Der Kontinent mit der höchsten Bevölkerungswachstumsrate ist Afrika, dort beträgt die Wachstumsrate 2,8%. Im Herkunftsland der größten Ausländergruppe in Deutschland, der Türkei, ist die Wachstumsrate zwar hoch (1,9%), aber deutlich niedriger als die der Ausländer in Deutschland.

Die Diskussion über die migrationsbedingten Probleme hat sich in jüngster Zeit intensiviert. Während früher darüber debattiert wurde, ob und wie die Einbürgerung erleichtert werden könnte bzw. sollte, herrscht heute die Sorge vor, dass nicht genügend Ausländer bereit sein werden, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen bzw. zu beantragen, wenn sie dafür auf ihre bisherige Staatsangehörigkeit verzichten müssten, – ein Verhalten, das vor allem bei den Türken in Deutschland zu beobachten ist.

Die Assimilation der Ausländer – die vollständige Verschmelzung mit den Deutschen – ist realistischere Weise kein Ziel der deutschen Politik. Aber auch die Integration ist kein politisches Konzept, das konsensfähig wäre, weil darunter sehr Verschiedenes subsumiert wird. So ist das Ziel der vollen Integration in die Arbeitswelt zwar von hohem Konsens geprägt und weitgehend verwirklicht, aber was das Ziel einer gesellschaftlichen oder kulturellen Integration sein könnte bzw. sollte, wird sehr unterschiedlich interpretiert. Entsprechend kontrovers sind die Auffassungen darüber, ob Deutschland sich in die Richtung einer multi-

kulturellen Gesellschaft entwickeln soll, wird oder kann. Kontrovers werden auch die Vorstellungen über die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts diskutiert. Weitere Streitthemen sind die Ethnisierung ökonomischer und gesellschaftlicher Konflikte, die sehr hohe Kriminalität bestimmter Ausländergruppen, die weit größer ist, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht, die Gewaltkriminalität bestimmter Gruppen gegen Ausländer, das Phänomen der »Unterschichtung« (Verdrängung der einheimischen Bevölkerung durch Ausländer auf beruflichem bzw. gewerblichem Gebiet und auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt), die Ghettobildung in den Siedlungen und das Schlagwort von der »Fremdenfeindlichkeit«, das als Ausdruck dafür verstanden werden kann, wie stark der Themenkomplex »Migration und Ausländer« bereits emotionalisiert ist.

Die gesamte Diskussion ist geprägt von Tabus und selbst auferlegten Denkverboten. Die Folge ist allgemeine Rat- und Orientierungslosigkeit. So wird z. B. von der Regierungsspitze unermüdlich wiederholt: »Deutschland ist kein Einwanderungsland«. Im Kontrast dazu liest man im Landesentwicklungsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen vom Dezember 1996: »Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland«.

1.5 Weiterführende Fragen und ethische Probleme

Die Binnenwanderungen werden in der Wissenschaft in einem anderen Kontext diskutiert als die Außenwanderungen. Das Raumordnungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland fordert die Schaffung »gleichwertiger« Lebensbedingungen in allen Teilgebieten des Landes. Deren Ungleichwertigkeit beruht zu einem erheblichen Teil auf den selektiven Wirkungen der Binnenwanderungen. Bestimmte Regionen verlieren mangels attraktiver Wirtschaftszweige über Jahrzehnte hochqualifizierte Arbeitskräfte durch Binnenwanderungen an andere Regionen. Dies beeinträchtigt den für die Ansiedlung moderner Betriebe wichtigen Bestand an Humankapital, so dass die Ausstattung dieser Regionen mit dem für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen erforderlichen gewerblichen Produktionskapital hinter den konkurrierenden Regionen, in denen die beruflich besser qualifizierte Bevölkerung zuwandert, zurückbleibt.

Dem dadurch entstandenen wirtschaftlichen Gefälle zwischen den Regionen versuchen Politikbereiche wie die Raumordnungs- und Landesentwicklungspolitik, die Regionalpolitik und die regionale Wirtschaftspolitik entgegenzuwirken. Was den Produktionsfaktor Arbeit betrifft, wird die Bereitschaft zur räumlichen Mobilität und zur beruflichen Flexibilität gefordert. Dies unterstützt den in einer Wettbewerbs- bzw. Konkurrenzwirtschaft ohnehin vorhandenen Zusammenhang zwischen der räumlichen Mobilität und dem Niveau der beruflichen Qualifikation. Die-

ser Zusammenhang ist jedoch nur ein Teilaspekt der bisher nur wenig betrachteten Wechselwirkungen zwischen der räumlichen und der beruflichen Mobilität einerseits und der allgemeinen »biographischen Mobilität« andererseits, wobei der Begriff »biographische Mobilität« alle sozioökonomisch relevanten biographischen Zustandsänderungen einer Person im Lebenslauf umfasst, insbesondere die Familienbildung und Fortpflanzung. Das komplexe Wirkungsgeflecht hat das für den vorliegenden Problemkomplex relevante Ergebnis, dass das wirtschaftliche Lebensniveau einer Region, gemessen z. B. durch Indikatoren wie das Pro-Kopf-Einkommen, mit dem Fertilitätsniveau der Region, gemessen an der Zahl der Lebendgeborenen pro Frau, in einem negativen Zusammenhang steht. Der Zusammenhang ist ein Kernelement der »biographischen Theorie der Fertilität«, er gilt auch in internationalem Maßstab und erklärt, warum die Fertilität in den wirtschaftlich prosperierenden Entwicklungsländern wesentlich schneller abnimmt als in den hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleibenden (Birg u. a. 1991).

Für die Entwicklungsländer lässt sich die komplexe Thematik auf folgenden, für die Ethik relevanten Nenner bringen: Nicht *weil* die dort noch stärker dominierenden Religionen und traditionellen Kulturen einen Einfluss auf die Verringerung der auf lange Sicht zu hohen Fertilität haben, sinkt die durchschnittliche Kinderzahl je Frau, sondern sie sinkt, *obwohl* Religion und Kultur diesen positiven Einfluss *nicht* ausüben. Für die Industrieländer gilt: *Obwohl* Kultur, Ethik und Religion einen Einfluss auf die Erhöhung der auf lange Sicht zu niedrigen Fertilität anstreben bzw. ihn wenigstens nicht ablehnen, ist dieser Einfluss bei weitem nicht wirksam genug, um an der in Ländern wie Deutschland bereits im Gange befindlichen Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung (ohne permanente, sehr hohe Einwanderungen) etwas Entscheidendes ändern zu können.

Wenn alle Menschen dieser Welt sich bei ihrer Fortpflanzung so verhielten wie die Menschen in Deutschland, würde die Weltbevölkerung nach Abklingen der wachstumsfördernden Effekte der jungen Altersstruktur von Generation zu Generation um ein Viertel bis ein Drittel schrumpfen. Daraus ergibt sich die bisher noch wenig diskutierte Frage, ob es aus ethischer Sicht zulässig ist, wenn eine Gesellschaft, eine Nation, eine Kultur die demographischen Bedingungen ihrer Existenz auf Dauer durch Einwanderungen aus anderen Ländern sichert, wie dies seit Jahrzehnten vor allem in Deutschland geschieht, ohne danach zu fragen, welche ethischen und politischen Konsequenzen sich daraus für die Menschheit als Ganzes ergeben würden, wenn alle sich so verhielten (Birg 1997a).

Literatur *Bade, K. J.* (1992): German transatlantic emigration in the nineteenth and twentieth centuries, in:

Emmer, P. C.; Mörner, M. (Hrsg.): European expansion and migration: essays on the intercontinental migration from Africa, Asia, and Europe, New York – Oxford, 121–155.– *Bade, K. J.* (1987): Sozialhistorische Migrationsforschung und »Flüchtlingsintegration«, in: Schulze, R. u. a. (Hrsg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte: Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim, 126–162.– *Birg, H.; Flöthmann, E.-J.; Reiter, I.* (1991): Biographische Theorie der demographischen Reproduktion, Frankfurt/Main – New York.– *Birg, H.* (1993): Migrationsanalyse: empirische Längsschnitt- und Querschnittanalysen auf der Grundlage von Mikro- und Makromodellen für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn (Forschungen zur Raumordnung 22).– *Birg, H.; Flöthmann, E.-J.* (1995): Bevölkerungsprojektionen für das vereinigte Deutschland bis zum Jahr 2100 – unter besonderer Berücksichtigung von Wanderungen. Studienbericht im Auftrag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Schutz der Erdatmosphäre«, in: Enquete-Kommission Schutz der Erdatmosphäre des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Studienprogramm, Band 3: Energie, Teilband 2, Bonn, 126–162.– *Birg, H.* (1997a): Bevölkerungspolitik im Hinblick auf Ethik, Religion und Kultur, in: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen: Tagungsband anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Gesellschaft, Bonn.– *Birg, H.* (1997b): Bevölkerungsentwicklung, Alterung und Einwanderungen in Deutschland – Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg und Ausblick auf das 21. Jahrhundert, in: Weber, A. (Hrsg.): Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union. Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten, Osnabrück, 63–84.– *Castles, S.; Miller, M. J.* (1993): The age of migration. International population movements in the modern world, New York.– *Opitz, P. J.* (1996): Flucht, Vertreibung, Migration 1945–1995. Zur Problematik von Zuwanderung und Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44–45, 3–16.– *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.) (1995): Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland, Stuttgart.– *United Nations* (Hrsg.) (1995): World population prospects – The 1994 revision, New York.

HERWIG BIRG